

95. Umweltministerkonferenz
am 13. November 2020
per Videokonferenz

TOP 36

Naturschutz gegen Rechtsextremismus

Beschluss

1. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorinnen und der -senator der Länder begrüßen die Aktivitäten des Bundes zum Thema „Naturschutz und Rechtsradikalismus“ sowie die Initiativen der Bundesländer, wie die rheinland-pfälzische Initiative „Naturschutz gegen Rechtsextremismus“.
2. Die Umweltministerkonferenz bekennt sich zu ihrer Verantwortung, gegen rechtsextremistische Bestrebungen im Themenfeld „Natur- und Umweltschutz“ Position zu beziehen.
3. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorinnen und der -senator der Länder bitten den Bund unter Einbeziehung der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Naturschutz, Landschaftspflege und Erholung (LANA), ein „Aktionsprogramm Naturschutz gegen Rechtsextremismus“ zu entwickeln, in dem Aktivitäten des Bundes und der Bundesländer im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung, aber auch in der Aus- und Fortbildung von Fachkräften zusammengetragen werden, und dieses regelmäßig fortzuschreiben. Der Bund wird gebeten, der Umweltministerkonferenz hierüber einen ersten Bericht bis zur Herbstkonferenz 2021 vorzulegen.
4. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorinnen und der -senator der Länder bitten bei der Entwicklung des Aktionsprogramms rechtsextremistisch instrumentalisierte Erinnerungsorte mit Bezug zum Naturschutz (Beispiel: ehemaliger Westwall – Grüner Wall im Westen) zu berücksichtigen.